

Pressesprecherin:
Dr. Maartje Koschorreck
Telefon: 0621 181-1080
koschorreck@uni-mannheim.de
www.uni-mannheim.de

Mannheim, 14. Oktober 2022

Presseinformation

GBP-Monitor: Energieintensive Unternehmen planen Preise in den nächsten 12 Monaten um durchschnittlich 17 Prozent zu erhöhen

Der Oktober-Bericht des German Business Panel (GBP) macht deutlich: Unternehmen in Deutschland rechnen auch im kommenden Jahr mit einer konstant hohen Inflation von über 10 Prozent. Das hat erhebliche Auswirkungen auf die Preisgestaltung der Unternehmen. In den kommenden 12 Monaten planen insbesondere Unternehmen aus energieintensiven Industrien, ihre Preise deutlich zu erhöhen – im Schnitt um 16,7 Prozent. Die höheren Inflationserwartungen der Unternehmen beeinflussen somit den tatsächlichen Inflationsverlauf erheblich.

Während die Bundesbank noch im Juni für 2023 mit einem Rückgang der Inflationsrate auf 4,5 Prozent rechnete, sehen die Erwartungen der Unternehmen in Deutschland gänzlich anders aus. Diese rechnen auch für das kommende Jahr damit, ihre Preise um mehr als 10 Prozent zu erhöhen. Als Hauptgrund geben die befragten Unternehmen die steigenden Energie- und Materialkosten (70 Prozent) sowie die steigenden Lohnkosten (64 Prozent) an. Getrieben werden die Preiserhöhungen vor allem von den energieintensiven Branchen: „Diese Branchen streben mit den Preiserhöhungen vor allem einen Ausgleich der massiv gestiegenen Beschaffungskosten an. Auf diese Weise geben sie wiederum den Kostendruck nicht nur an Verbraucher weiter, sondern auch an andere Unternehmen, die auf Zulieferer aus den energieintensiven Branchen angewiesen sind“, erklärt Prof. Dr. Jannis Bischof, Projektleiter des GBP und Inhaber des Lehrstuhls für ABWL und Unternehmensrechnung an der Universität Mannheim.

Inflationserwartungen können zur sich selbsterfüllenden Prophezeiung werden

Gehen Unternehmen von weiter steigenden Preisen aus, neigen sie häufiger dazu, selbst ihre Preise zu erhöhen. Das zeigen auch die aktuellen GBP-Daten. Denn über alle Branchen hinweg plant mehr als die Hälfte der Unternehmen, ihre Preise deutlich häufiger anzupassen. „Die Preiserhöhungen finden etwa 1,7 mal schneller als in der Vergangenheit statt. Dies bedeutet, dass sich etwa 60 Prozent eines plötzlichen Anstiegs der Preiserwartungen, ausgelöst beispielsweise durch Kriegsgeschehnisse, direkt auf die gegenwärtige Inflation überträgt“, erklärt Prof. Dr. Davud Rostam-Afschar, akademischer Leiter des GBP an der Universität Mannheim.

Aktuell planen rund 70,2 Prozent der Unternehmen in Deutschland, ihre Preise innerhalb der kommenden zwölf Monate zu erhöhen. In den energieintensiven Industrien (Verarbeitendes Gewerbe und Handel) sind es sogar 77 Prozent und auch die Corona-Krisenbranchen (Gastgewerbe und Gastronomie) liegen mit 71,4 Prozent leicht über dem Durchschnitt. Während energieintensive Unternehmen ihre Absatzpreise deutlich (16,7 Prozent) innerhalb der kommenden zwölf Monate erhöhen wollen, scheinen Gastgewerbe und Gastronomie Kostenerhöhungen nicht im gleichen Maße an ihre Kunden weitergeben zu können. Sie planen mit einer Preiserhöhung um durchschnittlich 9,6 Prozent und liegen damit deutlich unter dem Durchschnitt (13,4 Prozent). „Die geplante Preiserhöhung hängt nicht davon ab, ob das Erreichen der Finanzziele als sicher oder unsicher betrachtet wird“, so Bischof. „Vielmehr zählt die Kundenbindung und ob Unternehmen in der Lage sind, die gestiegenen Kosten an die Kunden weiterzugeben, ohne diese zu verlieren.“

Den „GBP-Monitor: Unternehmenstrends im Oktober 2022“ finden Sie hier:

https://www.accounting-for-transparency.de/wp-content/uploads/2022/10/gbp_monitor_22_10.pdf

Weitere Informationen zum GBP-Monitor

Das German Business Panel befragt monatlich mehr als 800 Unternehmen zur Unternehmenslage in Deutschland und erhebt dabei Daten zu 1) erwarteten Umsatz-, Gewinn- und Investitionsänderungen, 2) unternehmerischen Entscheidungen, 3) der erwarteten Ausfallwahrscheinlichkeit in der Branche und 4) der Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik. Zudem wird jeden Monat zu besonders aktuellen Fragen berichtet. In diesem Monat haben wir den Unternehmen unter anderem die Frage gestellt, inwiefern sie Wahlrechte zur Ergebnissteuerung einsetzen und wie sich das Ausmaß solcher Bilanzpolitik im Zeitverlauf – auch unter dem Einfluss des Russland-Ukraine-Kriegs – entwickelt hat.

Hintergrundinformationen zum German Business Panel

Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“ (www.accounting-for-transparency.de).

Der Sonderforschungsbereich (SFB) „TRR 266 Accounting for Transparency“ startete im Juli 2019 und wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) für zunächst vier Jahre gefördert. Er ist der erste SFB mit betriebswirtschaftlichem Schwerpunkt. Am SFB sind rund 100 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von neun Universitäten beteiligt: Universität Paderborn (Sprecherhochschule), Humboldt-Universität zu Berlin und Universität Mannheim, zudem Forscherinnen und Forscher von der Ludwig-Maximilians-Universität München sowie der ESMT Berlin, Frankfurt School of Finance & Management, Goethe-Universität Frankfurt am Main, WHU - Otto Beisheim School of Management, und Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Die Forscherinnen und Forscher untersuchen, wie Rechnungswesen und Besteuerung die Transparenz von Unternehmen beeinflussen und wie sich Regulierungen und Unternehmenstransparenz auf Wirtschaft und Gesellschaft auswirken. Das Fördervolumen des SFBs beträgt rund 12 Millionen Euro.

Kontakt:

Prof. Dr. Jannis Bischof
Lehrstuhl für ABWL und Unternehmensrechnung
Universität Mannheim

Tel: +49 621 181-1630

E-Mail: jbischof@uni-mannheim.de